

Bezugspreis:
Stückpreis 15 Pf. monatlich 4.50 M.
...
Sozialdemokratisches Berlin

MORWIRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die kleinste Anzeigenspaltweite
...
Sonntag 11 Pf.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Donnerstag, den 15. Januar 1920.
Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der mißglückte Generalstreik.

Im Programm der Kommunisten und ihres unabhängigen Anhängels war als zweiter Akt der „neuen Revolution“ die diesmal bestimmt zur Errichtung der Rätebikatur führen sollte, für heute morgen der Beginn eines Generalstreiks zum „Gedenken an die Revolutionsopfer“ vorgesehen.

Trotz der guten Regie und reichlicher Anwendung brutalsten Terrors ist die Arbeitseinstellung nach dem Willen der kommunistischen Führer nicht programmäßig verlaufen. In den Vorstädten, in den Fabriquierteln und in der Nähe der großen Fabriken waren im Laufe der letzten Nacht Plakate angebracht worden, auf denen die Arbeiter aufgefordert wurden, als Protest gegen das Einschreiten der Sicherheitsbeamten am Reichstag und gegen den Annahmestand die Arbeit um 24 Stunden niederzulegen.

Aber all diese Mittel der Fällung und auch der an anderer Stelle behandelte offene Terror vermochten nicht, die Arbeiter in ihrer Mehrzahl aus den Berliner Betrieben herauszubringen. Von den öffentlichen Verkehrsmitteln sind nur die Bahnstrecken der Städtischen Straßenbahnen durch den Streik der Arbeiter und Angestellten stillgelegt worden.

Einen gewissen Erfolg hatten, wie immer, die revolutionären Elemente in einigen Betrieben der Berliner Metallindustrie. So sollen, wie uns gemeldet wird, im Nobelwerk Oberspree, in der Oberischöneweider Maschinenfabrik und bei der Nationalen Automobilgesellschaft in Oberschöneweide die Radikalen ihren Willen durchgesetzt und die anderen Arbeiter gezwungen haben, mit ihnen die Werkstätten zu verlassen.

In den Werken der Firma Siemens u. Halske wird vollständig gearbeitet. Im Angellager Wittenau sollten heute morgen um 7 Uhr die Arbeiter aus dem Betriebe herausgeholt werden. Der größte Teil der Arbeiter wollte sich der Parole nicht fügen und weiter arbeiten. Darauf wurde von den unabhängigen Pertranenleuten das Licht ausgeschaltet. Die Arbeiter verhielten sich über die eventuelle Arbeitseinstellung geheime Abstimmen: diese wurde verweigert. Schließlich gelang es den Streikführern, von etwa 300 Beschäftigten etwa 1000 Arbeiter aus dem Betrieb herauszuführen.

Bei der Firma Rietzsch Charlottenburg, haben sich selbst Unabhängige dagegen angewandt, die Arbeit niederzulegen. Der Betrieb ist in Lähmung. Etwas mehr Erfolg hatten die Unabhängigen bei der Firma Ludwig Loewe wo ein kleiner Teil der Arbeiter der Streikparole Folge leistet. In den Betrieben der Firma Schwarkhoff arbeitet im Werke Wilmersdorf der größere Teil der Arbeiter, im Werke in Berlin sind über 50 Proz. in den Streik getreten. Bei der Nordbremse arbeiten 800 von 2500 im Betrieb Beschäftigten. Von der Firma Israel wird gemeldet, daß dort etwa 60 Proz. der Beschäftigten am Streik beteiligt sind.

Einen viel geringeren Erfolg hatte die kommunistische Streikparole in den anderen Berliner industriellen Werken. Mit wenigen Ausnahmen wird gearbeitet, so daß mit vollem Recht gesagt werden kann, daß auch der zweite Akt des kommunistisch-unabhängigen Streiks am gelunden Sinn der Groß-Berliner Arbeiterschaft zunichte geworden ist.

Streik und Demonstrationsteror.

Mit allen Mitteln des Zwanges und der Gewalt suchen die Unruhstifter und Aufwiegler ihre Zwecke durchzusetzen. Nicht an Ehrlichkeit und Hebung der Arbeiterschaft appellieren sie — haben diese doch auf der entgegengesetzten Seite, nachdem die Arbeitssammler gesehen haben, was sie am Dienstag mißbraucht worden sind. Den mangelnden Willen zur Geschlossenheit muß deshalb die Unterwerfung der Widerstrebenden unter die rohe Gewalt ersetzen.

Der Reichskanzler zum Frieden.

Aus Zürich meldet Wolff:

Der Reichskanzler Bauer gewährte dem Berliner Vertreter der „Neuen Zürcher Zeitung“ eine Unterredung. Im Verlauf dieses Gesprächs äußerte er sich im Anschluß an die Ratifikation des Friedens wie folgt:

„Sie wissen“, erklärte er dem Vertreter des Schweizer Volkes, „welche Schwierigkeiten es gekostet hat, diesen Frieden unter Dach und Fach zu bringen. Immer wieder kam eine neue Forderung der Entente, die neue Verabredungen notwendig machte, immer wieder wurde der Augenblick der Ratifikation hinausgezögert, obwohl wir ein dringendes Interesse daran hatten, den Waffenstillstand durch Schaffung eines wirklichen Rechtszustandes abzulösen.“

Wir sind entschlossen, den Versailler Vertrag zu halten, so schwer er ist; wir wollen keine Revanchepolitik treiben, sondern wir wollen arbeiten; wir wollen uns also bemühen, Paragraph für Paragraph des Versailler Friedens innegehalten, und das mit voller, bewusster Loyalität. Wir erwarten aber auch, daß die Entente loyal sein und zu einer Milderung des Versailler Friedens bereit sein wird, so bald sich herausstellt, daß er in dieser Form nicht durchführbar ist.

Den darüber wollen wir uns klar sein, wenn der Versailler Vertrag Buchstabe vor Buchstabe in dem Geiste ausgeführt wird, in dem der Vorkriegszustand gehandhabt worden ist, so bedeutet er nicht den Beginn eines Friedenszustandes, sondern

die Fortsetzung des Krieges mit politischen Mitteln — die Fortsetzung des grausamen Krieges, den die Welt bisher gesehen hat.

Ich vertraue, daß die Entente noch und nach einsehen und zugeben wird, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, die Friedensbedingungen zunächst in der Praxis und dann auch in der Form zu mildern.

Allerdings sind die Neuordnungen, die gerade jetzt von der Hohen Interalliierten Rheinlandskommission eröffnet werden sollen, um ihre eigenen Befugnisse und ihr Verhältnis zu den deutschen Behörden festzulegen, nicht gerade dazu angetan, diese Auffassung zu unterstützen. Tatsächlich bedeuten diese Neuordnungen einen entschiedenen Rückschritt und nicht einen Fortschritt; sie lassen sich mit dem Friedensvertrag nicht vereinbaren und schaffen einen Zustand, der schlimmer ist als der bisherige, überliefern sie doch das gesamte öffentliche und private Leben der Rheinlande dem willkürlichen Ermessen der Kommission, die überall bestimmen und eingreifen kann, sobald die Sicherheit der Besatzungstruppen oder die Aufrechterhaltung der Ordnung ihrer Meinung nach gefährdet ist. Ich möchte hier nur einige Punkte herausgreifen, die Ihnen die Art, den Geist dieser Neuordnungen besonders treffend illustrieren. Da sind zunächst Bestimmungen über das Verhältnis der interalliierten Militärbehörden zu allen deutschen Behörden und allen Personen im besetzten Gebiet: Ihren Befehlen muß überall gehorcht werden, und wenn das nicht geschieht, so können z. B. Beamte durch Entziehung der Hohen Kommission zeitweilig oder dauernd ihres Amtes entzogen werden. Unsere Reichsgesetze sind der Hohen Kommission vorzulegen und können von ihr sofort oder auch später außer Kraft gesetzt werden. Die Besatzungstruppen der Entente unterliegen einschließlich aller von diesen Truppen eingestellten oder in ihren Diensten stehenden Personen ausschließlich den Militärgesetzen oder Gerichtsbarkeiten der Truppen.

Schon wieder häufen sich bei uns die Klagen aus den Betrieben darüber, daß große Arbeitermassen gegen ihren Willen durch Anwendung des gemeinsten Faustrechtes zur Arbeitseinstellung gezwungen werden. Von einem Vertrauensmann unserer Partei wird folgendes mitgeteilt: Am Joachim-Friedrich-Gymnasium Wilmersdorf werden zurzeit Bauarbeiten ausgeführt. Heute wollte ein Teil der Beschäftigten die Arbeit niederlegen. Der Meister und mehrere Zimmerleute weigerten sich, die Arbeit einzustellen, weil sie den blutigen Putschisten, die gewissenslos die Arbeitermassen in den Tod hehen, keine Hülfsdienste leisten und keine Mitschuld für vergossenes Arbeiterblut auf ihr Haupt laden wollen. Sie wurden aber von einer Anzahl Mannern tätlich bedröht und z. B. schließlich der roten Gewalt weichen.

Genau auf gleiche Weise sind schon am Dienstag mindestens 50 Prozent derer, die an der Demonstration teilnahmen, dazu gezwungen worden. Die Drahtzieher wußten, daß sie die Massen zu blutigem Putsch, zum Sturm auf den Reichstag führten und scheuten sich trotzdem nicht, ungezählte Tausende wider deren Willen auf den Kampfplatz zu schleppen, wo diese dann zum Teil mit ihrem Blut zahlen mußten. Genau wie der alte preussische Militarismus haben sie innerlich widerstrebende Massen an die Schlachtbank getrieben.

So schreid uns ein Fährdahn der Werkstätte: „Am Dienstag mittags 12 Uhr fand in unserer Eisenbahnwerkstatt wiederum eine angeblich „spontane“, in Wirklichkeit von unabhängigen und kommunistischen Drahtziehern äußerlich eingeführte Versammlung statt. Was in dieser Versammlung an Demagogie, Lügen und Verdrehungen seitens der unabhängigen Redner geleistet wurde, läßt sich hier nicht schildern.“

Wie das im Herzen und gepakt von einem heiligen Zorn gegen die gefährlichen Aufwiegler, haben etwa die Hälfte der Kol-

den zu allen deutschen Behörden und allen Personen im besetzten Gebiet: Ihren Befehlen muß überall gehorcht werden, und wenn das nicht geschieht, so können z. B. Beamte durch Entziehung der Hohen Kommission zeitweilig oder dauernd ihres Amtes entzogen werden. Unsere Reichsgesetze sind der Hohen Kommission vorzulegen und können von ihr sofort oder auch später außer Kraft gesetzt werden. Die Besatzungstruppen der Entente unterliegen einschließlich aller von diesen Truppen eingestellten oder in ihren Diensten stehenden Personen ausschließlich den Militärgesetzen oder Gerichtsbarkeiten der Truppen.

Das ist ein Freibrief für die rheinischen Hochverräter, die aber noch dadurch rückwirkend geschützt werden, daß gegen Einwohner der besetzten Gebiete ohne Ermächtigung der Hohen Kommission wegen politischer Verletzung aus der Zeit des Waffenstillstandes keine gerichtliche Verfolgung eingeleitet oder fortgesetzt und keine Strafbestimmung angewendet werden darf. Andererseits soll die Hobe Kommission befugt sein, ungeachtet gegenteiliger Bestimmungen deutscher Gesetze bei der Untersuchung irgend welcher Angelegenheiten sich alle Behörden und sonstigen Personen, deren Vorgänge für den Gang der Untersuchung für notwendig erachtet wird, auszuliefern zu lassen.

Das Friedensabkommen ist so gut wie aufgehoben, da sich die Hobe Kommission das Recht beilegt, sich Briefe und Postsendungen jeder Art ausfindigen zu lassen, sobald sie das aus irgendwelchen Gründen für nötig hält. Zeitungen, Bücher, Drucksachen, Karten, Bilder und Pläne können nach ihrem Ermessen verboten oder beschlagnahmt werden. Das Versammlungsrecht wird gleichfalls gänzlich von der Hohen Kommission abhängig gemacht, da diese selbst unpolitische Versammlungen von ihrer Genehmigung abhängig macht. Auf diese Weise wird das Rheinland den ganz subjektiven Verwaltungsmahnahmen der Hohen Kommission unterstellt, ohne daß ihm eine Appellationsmöglichkeit garüht würde. Das erinnert an die Zustände, die im zaristischen Rußland herrschten. Und dieser Zustand soll 15 Jahre dauern! Die Entente wird selber einsehen, daß sie Neuerungen einführen lassen muß; nicht nur aus allgemeinen rechtlichen Gründen, sondern aus der ganz realpolitischen Erkenntnis heraus, daß man auf diese Weise nicht dauernde Verhältnisse schafft.“

Zum Schluß der Unterredung fand der Reichskanzler freundliche Worte für die Gefangenenfürsorge, die während des Krieges durch die Schweiz entfaltet worden ist; er sprach davon, wie dankbar das deutsche Volk und die deutsche Regierung für den Rückblick sei, den die warme Menschlichkeit des Schweizer Volkes in den schweren Tagen des Kampfes und des Waffenstillstandes für Deutschland bedeutet hat. „Sagen Sie Ihren Landsleuten“, schloß er, „daß wir nie vergessend werden, was sie für uns getan haben. In der Sorge um die Kriegesgefangenen haben wir uns von Mensch zu Mensch kennen gelernt, und das wird auch dazu beitragen, die wirtschaftlichen Fragen, die zwischen uns ständen, einer freundlichen und für beide Teile erfreulichen Lösung entgegenzuführen.“

legen, die nicht den Mut aufbringen konnten, den gewissenlosen, sich wild und stark gebärdenden Verführern entgegenzutreten, die Arbeit verlassen.

Dies taten sie um des Hehen Friedens willen, trotzdem der größte Teil von der Empfindung befeht war, daß sie sich und dem ganzen deutschen Volk durch diese Arbeitseinstellung nur Schaden zufügen. Sie taten es auch aus der Empfindung heraus, daß die Eisenbahnverwaltung die Kollegen gegen den Terror, der auch von Kontrollauschussmitgliedern, die die Produktion haben sollen, ausgeübt wird, nicht schützt. Es muß unseren Genossen in der Regierung und auch der Eisenbahnverwaltung noch erfolgloser Lohnerböschung dringende Aufgabe sein, Maßnahmen zu treffen, daß alle verantwortlichen und besonnenen Arbeiter und Beamten wieder Vertrauen haben, daß sie vor dem Terror der gewissenlosen Aufwiegler geschützt werden. Allen Kollegen aber rufe ich zu: Schließt Euch zusammen, haltet Euch an die S. P. D. Vertrauensmänner! Ihr werdet dann auch die so radikal gebärdenden Kollegen überzeugen, daß sie auf dem falschen Wege sind, daß sie nur die Geschäfte der Reaktion besorgen.“

Abendlich schiedert uns ein Arbeiter des Schwarz-Schmorgendorfs, wie Demonstrationen der U. S. P. D. fertiggestellt wurden. In der Betriebsversammlung die üblichen Gebredn, wer gegen die Demonstration auftrat, wurde niedergeschrien.

Der Arbeiterrat ließ die Aufhänge besehen und kontrollieren, daß jeder sich an der Demonstration beteiligte. Es wurde wie beim Militärkommandiert: Um 10 Uhr Arbeitseinstellung, um 11 Uhr Ummarsch zum Reichstag. „Wart“ — so schreid unser Vertrauensmann — „es einem jeden freigestellt gewesen, zu arbeiten oder zu demonstrieren, so wäre nicht der gebente Teil hinausgegangen. Güte die Wahl selbst nur gelantet; Demonstrieren oder Nach-

ausgegeben, so wäre immer noch nicht die Hälfte mit zur Demonstration gegangen.

Sie fordern die Arbeiterschaft Steuerzuschläge, doch wohl, weil keiner mehr auskommen kann. Und da wird man auf solche Weise aus dem Betrieb herausgeholt und verliert seinen Arbeitsplatz. Das kümmert die Herren Unabhängigen ja auch gar nicht, die Hauptsache ist ihnen, daß die Arbeiter wie die Schafe folgen und ihren Dreck ausbaden. Sie werden in die Welt hinausposaunen, daß es eine Friedensdemonstration war, in Wirklichkeit war es ein Miesesterror.

Zu der im heutigen Morgenblatt veröffentlichten Verordnung zum Schutz der Reichswehr usw. wird ergänzend festgestellt, daß sich die Bestimmungen auch auf die Sicherheitswehr beziehen.

Südekum über die Dienstagereignisse.

Am gestrigen Mittwochabend hielt der preussische Finanzminister Genosse Dr. Südekum ein groß angelegtes Referat in einer Mitgliederversammlung der I. Abteilung der S. P. D., die in der Aula der Gemeindefabrik in der Auguststraße stattfand. Er führte u. a. aus: Es ist für jeden demokratisch denkenden Menschen geradezu unerträglich, daß der erste Zusammenritt der Nationalversammlung nach erfolgtem Friedensschluß mit Blut besetzt wurde. Er selbst habe unerkannt bei Störungen der Demonstrationen an verschiedenen Stellen ältere Arbeiter in den Hüften gefaßt, welchen Zweck die Demonstrationen verfolgten und habe die Antworten erhalten, man demonstrierte gegen die hohen Lebensmittelpreise und es handele sich um ein Verhinderungsgesetz (!). Andere Demonstranten hätten aber um so mehr eine Abnung, was beabsichtigt war. Es sei festgestellt worden, daß beabsichtigt war,

die Nationalversammlung auseinanderzuführen, um die Räterepublik zu schaffen. Das Wort „Räterepublik“ spreche ihn, den Redner, in keiner Weise. Mit voller Sachlichkeit prüfe er das Für und Wider. Wenn ich die Überzeugung gewinnen, daß durch die Diktatur der Räte, die Diktatur einer Minorität das Wohl der Gesamtheit entscheidend gefördert wird, und wenn mir dies bewiesen wird, trete ich hierfür ein und stelle mich auch eventuell mit an die Spitze. Die letzten Jahre haben indessen keineswegs bewiesen, daß die Räterepublik von Vorteil für die Volksmassen sei. Rußland werde als Vorbild bezeichnet. Genannte Kenntnisse der Vorgänge in Sowjetrußland sind bis in die letzte Zeit hier nicht vorhanden gewesen. Nun haben zwei amerikanische Studienkommissionen in Sowjetrußland bereits, darunter eine, geleitet von Gullit, dem ein Herr William Steffens, ein alter Freund des Redners, zur Seite stand. Dieser Steffens sei ein Mann von sicherem und unbefangenen Urteil. Mit ihm habe der Redner mehrere Tage an Hand des Berichtes konferiert. Steffens jagte aus, daß es richtig sei, daß der

Mitterror in der stärksten Form in Stadt und Land tausende Opfer gefordert habe. Eine unheimliche Denunzationswut sei hierdurch gezüchtet worden. Auf Grund der Verhältnisse müsse man feststellen, daß die Sowjetregierung von innen heraus nicht zu stützen sei. Mit einem nur mangelhaften gewerblichen Arbeiter zustehenden Wahlrecht werden die Betriebe, Oria, Bezirke, Provinzial-Sowjets, das zentralrussische Sowjet, und der Aktionsausschuß von 150 Mitgliedern, welcher das Kabinett einsehe, der Reihe nach in die Hand genommen. Bei einem derartigen Aufbau sei an eine Änderung durch Abstimmungen nicht zu denken. Lenin habe sich eine Leibgarde, die eine ausgesuchte Mördergarde sei, und aus Chinesen bestehe, zur Bewachung des Moskauer Kremls angelegt. Ein Volk, das immer an das Ansehen gewöhnt sei, könne man natürlich auf die Weise beherrschen, wie Lenin und seine Freunde es tun. Die Herrschaft erstreckte sich nur auf die Städte. Auf das Land würden nur Requisitionsexpeditionen für die notwendige Ernährung des Volkes gemacht. Hierbei kommt der Sowjetregierung der Umstand zugute, daß ungeheure Bestände an Friedensbewehrung von circa 40 Milliarden Wert noch Friedensvorräte in Moskau lagern. Diese Bestände dienen als Tauschobjekte, die gerne von den Bauern genommen werden. In zwei Dingen sei das russische Volk höchst glücklich: in dem Widerstand gegen jeden auswärtigen Angriff und in dem Widerstand gegen die Rückkehr des Barzantums. Keinerlings gebe eine große Umstellung der Sowjetpolitik vor sich.

Zukunft und Gegenwart.

(Kongert-Umschau.)

Zu Beginn des Jahres ein musikalisches Erlebnis: Nish u. Kobács, 14jährig, hindasi beschiden, zart gebaut, mit den dunklen Augen der Temperamentsmenschen, der Ungarn. Verliert sich in den Rollen einer Beethoven'schen Sonate, die, an den Anfang played, aus Geübteren die Unbefangenen rauben möchte. Bieleicht weiß aber dieses Kind aus dem Naturland der Virtuosen und Pigeuner, aufgezogen in der Atmosphäre nationalen Klingklanges noch nichts von der Seele, der Form, dem Gehalt und Gehalt eines Beethoven'schen Werkes. In Brahms'schen Griffen ist sie bereits fest, zwingt die Widerstände der H-moll-Adagio und des Es-moll-Scherzo gleichzeitig in männlich-rostigem Anschlag und weichstem Anschau, der wie in ein Nichts verweht. Nicht anders bei Debussy's Krabbeln und Dohnányi's C-dur-Adagio. Was da klingt, ist leicht, melodisch gehoben und eifern-rhythmisch gefügt, ist Musik, nicht mehr Notenbild. Was die Hände leisten, ist wunderbar, aber das kleine Gesicht ist Spiegel all dessen, was in einem kleinen Herzen und Gehirn Welt gewohnt: und das ist reich und viel.

Sänge einer von den Kamakasen, denen die Gegenwart gehört, so empfindungsreich und schön, wie jene kleine Jullinische, so wäre das Lob unmaßstäblich. Im Joseph Schwarz drängt sich die ehnungsfolle Menge. Welch ein Gestalt ist er auf der Bühne, wie verkleinert sich sein Normat auf dem Podium! Daß die Stimme schon klingt, kann nicht Raum allein sein. Ein Brahms'sches Lied bedarf der Lösung all jener Fesseln, die eine Theaterleistung zu einer Kräfteleistung stampfen. Schwarz verflüchtelt seine schauvielerische, auch dramatisch-gefängliche Fertigkeit an Partikeln der Welt, schwebt im weithertlich gewordenen Falsch, verarbeitet die Kleinigkeiten als Dinge an sich und bleibt dem Gesamtbild den Hauber der einheitlichen Haltung laudig. Karl Erb und München leidet nicht an diesem stilistischen Mangel; aber sein Empfinden ist begrenzt, wie die Schönheit seiner tenoralen Töne. Schminke die Seele hoch, so ist der Tonanfang gemunoren oder flieht in die Festschläge, die er flüchtig handhabt, aber überläßt. Die Wieder an die ferne Welt interpretierte er sauber, in Einzelheiten trefflich gelungen, als Jhltus monoton, allzu gegenwärtig.

Karl Wiermer besitzt einen Iröden, nicht sehr edlen Vah-Varion, dem er intellektuell Ausdruck zu geben versucht. Für das Oratorium ist er begabt, seine Begleiterin höchstens für das Konseratorium. Auch Erich Krud hat noch mit der Handhabung seiner Stimme zu tun; die Tiefe schwachdrühtig, die Höhe nasal. Sein Vortrag einiger seltener Lieder des 18. Jahrhunderts gefiel. Gertraud Schüb ist eine musikalische Sängerin; sie deutet Lieder mit Inbrunst aus. Nur die Tiefe ist schwachdrühtig, die Höhe nasal. Sein Vortrag einiger seltener Lieder des 18. Jahrhunderts gefiel. Gertraud Schüb ist eine musikalische Sängerin; sie deutet Lieder mit Inbrunst aus. Nur die Tiefe ist schwachdrühtig, die Höhe nasal. Sein Vortrag einiger seltener Lieder des 18. Jahrhunderts gefiel.

die sich in den Verhandlungen mit der Entente, die in Kopenhagen geführt wurden, zeige. Die Arbeit haben überhaupt nicht mehr die Exekutive in den Betrieben.

Der Direktor des größten Transportunternehmens, der Wolga-Dampfschiffahrtsgesellschaft, ein Herr Hesse, der infolge Denunziation von seinem Posten sieden mußte, sei mit dem Angebot des Doppellen seiner Friedensbezüge zurückgerufen worden. Man suche jetzt alles zusammen, was an Leitern, Unternehmern und Ingenieuren noch nicht totgeschlagen sei. Bei den unbestreitbaren Tatsachen, die man über Sowjetrußland jetzt kenne, sei jeder ein Verbrecher, der das deutsche Volk den gleichen Leidensweg führen wolle. Wenn es den Räteanhängern in ihrer Sache ernst sei, müßten sie sich dazu bereit finden, eine objektive Studienkommission auf einige Monate nach Rußland zu senden und inzwischen den Streit ruhen zu lassen. Der Angriff auf das freigewählte Parlament sei unethisch. In einem demokratisch registrierten Lande gebe es nur den Weg, den der frühere amerikanische Präsident Abraham Lincoln mit den Worten kennzeichnete: „Das Heilmittel für die Schäden der Demokratie ist mehr Demokratie“.

Beschlagnahme von Flugblättern.

Die Berliner Sicherheitspolizei hat am Donnerstagmorgen um 4 1/2 Uhr bei der Zeitungspedition der „Freiheit“ Handzettel beschlaggenommen, welche für die Betriebe bestimmt waren und in denen zum 24. ständigen Proteststreik aufgerufen wurde. Ebenso wurden Flugblätter gefunden, welche unter der Überschrift „Die Wahrheit über den 13. Januar“ eine einseitige und aufhebbende Darstellung der Vorgänge am Reichstag geben.

Der Streik flaut ab.

Die Streiknachrichten, die in den letzten Stunden aus dem Reich in Berlin einliefen, lassen eine leichte Besserung der Streiflage erkennen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine beträchtliche Anzahl der Eisenbahnarbeiter erkannt hat, zu welchen Zwecken sie wieder einmal mißbraucht werden sollten, und insbesondere die blutigen Vorgänge vor dem Reichstag dürften ihnen die Augen geöffnet haben. Nachstehend lassen wir einige Streikmeldungen aus dem Reich folgen:

Die aus Breslau drahtlich gemeldet wird, streifen dort nur noch die Eisenbahnwerkstättenarbeiter. Der Eisenbahnverkehr selbst, auch der Güterverkehr, ist wieder aufgenommen worden.

In Essen herrscht völlige Ruhe. Unabhängige und Kommunisten betreiben Valitation für einen Generastreik. Nach den Berliner Vorparlamenten ist lehrerlei Reizung unter den Arbeitern für einen solchen zu verspüren.

Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. Main ist ermächtigt, über die Stellungnahme des Ministers der öffentlichen Arbeiten in der Frage des Lohnvorschusses folgendes mitzuteilen:

Der Minister ist bereit, dem Gedanken einer Erhöhung der Lohnabschlagszahlungen näherzutreten, kann aber eine endgültige Erklärung im Augenblick nicht abgeben, bevor die Verhandlungen über die Einklassierung der einzelnen Eisenbahndirektionen nicht zu Ende geführt sind. Inzwischen wird sich der Minister mit dem Staatsministerium und dem Reichskabinet in Verbindung setzen.

Eine weitere Voraussetzung für die Gewährung von Abschlagszahlungen ist selbstverständlich, daß die Arbeit nicht niedergelegt, vielmehr in vollem Umfang wieder aufgenommen wird.

In Dortmund sind am Mittwoch zahlreiche Säue zur gewohnten Zeit abgefahren. Man hofft, am Donnerstag sämtliche Säue wieder fahrplanmäßig abfahren lassen zu können. Wie die „Dortmunder Zeitung“ erfährt, sind Mittwoch ebend in Dortmund sechs Kommunisten verhaftet worden, welche die Streikheute unter den Eisenbahnern besonders eifrig betrieben haben.

Wie aus Halle gedruckt wird, ist auch dort die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen. Auf Verlangen der in großer Zahl vorhandenen Arbeitswilligen wurde der Bahnhof militärisch besetzt. Die arbeitswilligen Arbeiter haben erklärt, auch im Falle eines neuen Streikbeschlusses weiterzuarbeiten, wenn sie genügend geschützt würden.

In Magdeburg ist, einer Mitteilung unseres Bericht-

erstatters zufolge, alles ruhig. Im ganzen Eisenbahndirektionsbezirk wird gearbeitet.

Zu Ratiswh haben die Arbeiter der Eisenbahn gleichfalls den Betrieb wieder voll aufgenommen. Der Zugverkehr ist regelmäßig. Mit Ausnahme der Werkstätten von Leipzig und Zwikan wird in ganz Sachsen gearbeitet.

Verhaftung von Streikführern.

An unterrichteter Stelle liegen Nachrichten vor, nach denen in Effen, Dortmund und Hamm die unabhängige und kommunistische Streikleitung, die zur Fortsetzung des Streiks aufzubernte und die Betriebsabstimmung über die Wiederaufnahme der Arbeit verhindern wollte, angehalten und verhaftet wurde.

Warnung des Reichspostministers.

Der Reichspostminister erklärte in einer Unterredung mit Postbeamten in Dortmund, bis jetzt sei ein Fehlbetrag von 750 Millionen Mark, für das nächste Jahr ein solcher von 1250 Millionen Mark in dem Haushalt der Postverwaltung festzustellen. Eine weitere Gehühnerhöhung sei unmöglich. Der Minister warnte vor Beamtenstreiks, weil die Beamten durch solche ihre Grundrechte aufs Spiel setzten. Eine der nächsten Streikfolgen wäre überdies der Sturz der gegenwärtigen Regierung. Unter der dann folgenden radikalen Regierung würden die Beamten vollkommen erledigt sein.

Kein Güterverkehr in Bayern!

Da der Kohlenbörse in Bayern zu Ende ist, wird am 16. d. M. der gesamte Güterzugverkehr bis auf die Beförderung von Lebensmitteln und Brennstoffen eingestellt. Die Zulassung des Personenverkehrs zu den noch verbleibenden Zügen bleibt vollständig ausgeschlossen.

Die Zahl der Kohlenverlehrsätze wird gleichfalls eingeschränkt und der Kohlabwanderer wird überall eingeschränkt, wo eine wirksame Kohlenersparnis sich ergibt. Von Schnellzügen werden nur die Züge zwischen München und Berlin beibehalten.

Zum Betriebsrätegesetz.

Der Zentralrat der deutschen Arbeiterräte übersendet uns eine am Mittwoch gefasste Kundgebung zum Betriebsrätegesetz mit der Bitte um Veröffentlichung:

Die Beschlüsse des hiesigen Ausschusses der deutschen Nationalversammlung bedürfen gegenüber dem Regierungsentwurf des Gesetzes über die Betriebsräte eine wesentliche Verschärfung.

Würde das Plenum der Nationalversammlung diesen Beschlüssen folgen, so bliebe infolge der Ausnahmegestimmungen für die Arbeitnehmer in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben voraussichtlich mehr als die Hälfte aller landwirtschaftlichen Arbeiter ohne gesetzliche Vertretung.

Die neue Fassung des § 35 vermindert ohne ausreichende Begründung die Rechte der Arbeitnehmer hinsichtlich der Einflußnahme in die Bilanz.

Stärker Widerspruch fordert die Minderung des Mitwirkungsrechts bei Einstellungen und Entlassungen heraus.

Der Zentralrat erwartet, daß das Plenum der Nationalversammlung durch vom Ausschuss beschlossenen Nachbesserungen nicht nur nicht zustimmt, sondern daß Vergeh über Betriebsräte eine Fassung gibt, die die berechtigten Forderungen der arbeitnehmenden Volksgenossen im Sinne wahrer Wirtschafts-demokratie erfüllt.

Der wirkliche Einfluß indes, den die Arbeiter und Angestellten für die Folge auf die Produktionsentwicklung ausüben müssen, kann nur erzielt werden, wenn, wie der zweite Rätekongreß es gefordert hat, Produktionsräte geschaffen werden, die als Vertretungskörper der zusammengefaßten (handgeleiteten) Gewerbe die einzige Stelle sind, von der aus die Produktion als Gesamtheit überblickt und in einer dem gesamten Volkinteresse dienlichen Weise gehalten werden kann.

Der Aufstieg, die Zukunft: Scherchen stellt das Problem und die Frage der futuristischen Klänge immer wieder zur Diskussion. Schönberg: immer wieder ist mir zumut, als sähe ich einen armen Teufel, gelähmt herumtrüben, seine Verstimmlung öffentlich zeigend. Bettelt bei den nachlässigen Reistern, bei den Reutönern, die ihm zu wenig, zu Alltägliches alltäglich jagen und dank für die Spenden durch Umfaltung aller heiligen Gelege des Schönklanges. Ist das die Zukunft der Musik? Ja glaube es nicht, ich hoffe, ich fürchte es nicht. Kurt Singer.

Sensationschen.

Strohenkämpfe zwischen Spartakisten und der Reichswehr! — Alle Querstrichen, alle Tordögen sind voll von Rangierigen, Männern wie Frauen und Kindern. Bei den Kämpfen sind Tübende von Unschuldigen verunndet und getötet worden.

Einzug der Hfellokämpfer! Die Linden sind schwarz von zusammengekauften Menschenlebern.

Hindenburg wird vor die Untersuchungskommission geladen. Alle Wege des Tiergartens werden von Menschenmassen in einen Ameisenhaufen verwandelt.

Die Gebrüder Strach werden aus dem Polizeipräsidium nach Moabit überführt. — Eine tausendköpfige Menge harzt auf der Straße des Restautos mit den Verbrechern und der Begleitmannschaft.

In ihren Augen gilt alles gleich: ob es um das Leben kämpfende Menschen, Soldaten, einen Feldmarschall oder zwei Rädler zu sehen gibt — immer ein Sensationschen! Und für ein Sensationschen opfert das liebe Publikum alles, Zeit, Geld, wenn es nötig ist, legt es dafür sogar sein Leben in Gefahr. Nur die Ledertzungung kann es nicht aufgeben, weil es keine hat. Sonst würde es auch sie lächelnd für die Sensation hinwerfen.

Aber so war es schon seit ewigen Zeiten. Das Volk Jerusalems drängte sich auf Golgatha, um Christi Kreuzigung zu beschaen. Die Bevölkerung Roms eilte in den Circus, die Gladiatorenkämpfe und die Speisung wilder Bestien mit Christenfleisch zu sehen. Die Sensationen des Mittelalters waren die Scheiterhaufen, auf denen Ungläubige und Hegen brannten. Doch immer war die Verheißung so geschmackvoll, das größte, das verdienstvollste Ereignis der Zeit zu seiner Sensation zu machen. Nur die heiligen Geister haben den Maßstab für ihre Sensationen verloren. Noch fünf Jahren Krieg, noch gewaltigen Umwälzungen, noch Weltkriegskämpfen und Kanonaden inmitten der Stadt saßen sie sich in den Straßen, um einen Dieb und Verbrecher — nicht einmal sterben, wenn — von einem Gefängnis in das andere fahren zu sehen.

zu kümmern, in die Ferne blickten. Wie schade! Es fehlte nur noch, daß sie leutlich noch rades und links grühten.

Soll man darüber lachen oder sich ärgern? Sind die Reizungen, die solches bringen, oder die Leser, die Interesse an diesen Sensationen haben, mehr zu bemitleiden. M. G.

Der Rücktritt des Münchener Intendanten. Der bisherige Intendant der Münchener Nationaltheater Viktor Schwannede ist nach vor Ablauf seines Probejahres von seinem Posten zurückgetreten. Er geht nach Berlin, wo er die stellvertretende Leitung der Reichshardischen Bühnen während des Sommers übernehmen wird. Er bezieht dann in Berlin sein bisheriges Münchener Jahresgehalt als Monatsgage. Es berichtet, daß sein Rücktritt auch den Rücktritt anderer namhafter Mitglieder des Münchener Nationaltheaters nach sich ziehen wird. Für Schwannedes Nachfolge in München kommt der Burgtheaterdirektor Albert Heine oder der Mannheimer Intendant Hoemann in Frage.

Falls diese Angaben, die wir einer Korrespondenz entnehmen, zutreffen, wären sie sehr bedauerlich. Wenn Herr Schwannede wirklich des Kommons wegen seine Vertretungsbefugnis aufgäbe, würde das von den Gegnern der demokratischen Bühnenverfassung reichlich ausgenutzt werden. Herr Schwannede war der erste von den Bühnenmitgliedern gewählte Intendant. Wenn er abtreten will oder muß, hat die Öffentlichkeit ein Recht, die wahren Motive zu erfahren, selbst wenn sie auf bitteren Erfahrungen beruhen sollten.

Karl Schönherr hat für sein jüngstes Drama „Amberzogadde“ den Grillparzer-Preis von 5000 Kronen bekommen. Schönherr ist damit zum dritten Male mit diesem Preis ausgezeichnet worden.

Die Charrhausmädle konnte am Mittwoch im kleinen Theater ohne Erlaubnis gespielt werden, nachdem die Direktion für anhängende Arbeitsschwierigkeiten gestört und erklärt hatte, einen jeden Demonstranten wegen Hausverwehens zu belangen.

Im Dom veranstaltet Professor Walter Fischer am heutigen Donnerstag 8 Uhr ein Orgelkonzert unter Leitung von Hubert Schum (Alt) und Hans Busse-Kasse (Violine). Eintritt frei gegen Entnahme eines Programms.

Musik. Omme Peißner wird in dem Konzert, das Sonntag mittag 11 1/2 Uhr (Uhr) im Saal des Verein für den Deutschen im Auditions zum Selten seiner Amberzogadde veranstaltet. Dieser von Strauss komponierte, enthält das Programm: Amberzogadde, Serenade mit Klavier und Violon, mit Alexander Hill als Sprecher sowie Orchesterwerke.

Die dritte Mittwochveranstaltung des Schauspielbundes (am 18. Jan.) in dem Saal des Hoftheaters beginnt um 8 Uhr mit dem ersten Akt des „Hoftheaters“, Liebes, Egoism und Romanen und Dramen dienen zur Unterhaltung der Zeit.

Verträge über Vertretung hat Generaldirektor Ludvig Jeller im Kultur der Humboldt-Hochschule am 12. Januar ab. Über „Ludwig und Hans Busse-Kasse“ (Violine), 12. Jan. 8-9 Uhr und über „Die Schöpfung des Götters“ (Klavier), 14. Jan. 8-9 Uhr abend.

Eine neue Zeitschrift für Musik erscheint unter dem Titel „Melos“ im Verlag Bärenfeldt u. Wolf unter der Schriftleitung von Hermann Scherchen.

